

3001 Bern, Die Mitte, Postfach

Per Mail an: raphael.bucher@bafu.admin.ch

Bern, 4. April 2022

Vernehmlassung: Revision des CO₂-Gesetzes

Sehr geehrte Damen und Herren

Sie haben uns eingeladen, zur obengenannten Vernehmlassungsvorlage Stellung zu nehmen. Für diese Gelegenheit zur Meinungsäusserung danken wir Ihnen bestens.

Ausgangslage

Die vorliegende Revision des CO₂-Gesetzes knüpft an die vom Parlament in der Wintersession 2021 beschlossene Verlängerung des bisherigen CO₂-Gesetzes bis 2024 an und soll dieses ab 2025 ersetzen. Die Revision beinhaltet Instrumente und Massnahmen, die darauf abzielen, die Treibhausgasemissionen bis 2030 gegenüber 1990 zu halbieren. Dabei soll die Reduktion der Treibhausgase zu zwei Dritteln im Inland und zu einem Drittel im Ausland erfolgen. Damit die internationale Verpflichtung bis 2030 unter dem Übereinkommen von Paris der Schweiz erfüllt werden kann, müssen die Anstrengungen zur CO₂-Reduktion jedoch massiv verstärkt werden. Die Verminderungsziele sollen durch gezielte Anreize, Förderinstrumente und Investitionen insbesondere im Gebäudebereich, im Verkehrssektor aber auch in der Industrie erreicht werden.

Um der Volksabstimmung vom Juni 2021 Rechnung zu tragen, will der Bundesrat auf neue Abgaben oder auf die Erhöhung von bestehenden Abgaben verzichten.

Mit dem Angriffskrieg auf die Ukraine hat sich die Ausgangslage aus Sicht der Mitte noch einmal grundlegend verändert. Der politische Wille, von russischen Energieträgern unabhängig zu werden, führt dazu, dass langfristig vermehrt auf Erdöl- und Erdgasimporte verzichtet und auf erneuerbare Energien gesetzt werden muss.

Die Mitte unterstützt das neue CO₂-Gesetz im Grundsatz

Die Mitte erachtet den Klimawandel als eine der grössten Herausforderungen unserer Zeit, bekennt sich explizit zu den Pariser Klimazielen und setzt sich entschieden für die Energiestrategie 2050 ein.

So hat Die Mitte das im Juni 2021 abgelehnte CO₂-Gesetz im Parlament mitgetragen und sich klar für dessen Annahme ausgesprochen.

Für Die Mitte ist klar, dass die neue CO₂-Gesetzgebung der klimatischen Dringlichkeit Rechnung tragen und gleichzeitig sozialverträglich ausgestaltet sein muss. Insbesondere sollen die Massnahmen auch für die Bevölkerung in Berg- und Randregionen vertretbar sein.

Die Mitte begrüsst, dass die neue Vorlage vorwiegend bei den Gebäuden und beim Verkehr ansetzt. Unserer Ansicht nach können griffige und effektive Massnahmen gerade in diesen beiden Bereichen eine grosse Wirkung auf die Reduktion der Treibhausgase erzielen und die Bestrebungen beschleunigen, langfristig auf Erdöl- und Erdgasimporte ganz zu verzichten.

Zusätzliche finanzielle Unterstützung und Absicherung von Investitionen im Gebäudebereich durch die öffentliche Hand

Die Vorlage sieht eine Weiterführung der bestehenden CO₂-Abgabe im Gebäudebereich vor. Die Mittel aus dieser Abgabe sollen neu hälftig in die Klimaschutzmassnahmen (Gebäudeprogramm, Technologiefonds, Förderung von Geothermie) fliessen und hälftig an die Bevölkerung und die Wirtschaft zurückverteilt werden. Die Mitte unterstützt dieses Vorhaben. Aus unserer Sicht ist es sinnvoll, die Sanierung bestehender Gebäude oder auch den Umstieg von Öl- und Gasheizungen auf klimafreundliche Heizungsanlagen noch stärker zu fördern, da der Gebäudebereich eine grosse Hebelwirkung hat. Die Mitte begrüsst daher die zusätzlichen Förderbeiträge des Bundes im Sinne einer Anschubfinanzierung. Die Mitte regt darüber hinaus an, auch weitere Formen der finanziellen Unterstützung und Absicherung zu prüfen.

Zeitliche Staffelung der Streichung der Mineralölsteuerbefreiung zugunsten der Berg- und Landregionen

Die Mitte begrüsst die finanzielle Förderung von umweltfreundlichen Antrieben im öffentlichen Verkehr sowie die Abschaffung der Steuererleichterungen für Dieselbusse. Gerade für Berggebiete und ländliche Regionen ist die Umstellung auf umweltfreundliche Antriebe aber aufgrund von fehlenden technischen Möglichkeiten schwierig. Anstelle der sofortigen Streichung der Mineralölsteuerbefreiung ab 2024 schlägt Die Mitte eine zeitliche Staffelung bis 2030 vor, um einer Verteuerung des öffentlichen Verkehrs in diesen Gebieten vorzubeugen und um Planungssicherheit für die Transportunternehmen zu schaffen.

Schlussbemerkung

Grundsätzlich begrüsst Die Mitte nach der Abstimmungsniederlage vom Juni 2021 ein schrittweises Vorgehen bei der CO₂-Reduktion. Dennoch fordert sie den Bundesrat auf, rechtzeitig wirksame nächste Schritte in Angriff zu nehmen, um sicherzustellen, dass die Klimaziele erreicht, aber auch die Abhängigkeit von – insbesondere – russischen Energieträgern rasch reduziert werden können.

Wir danken Ihnen für die Möglichkeit zur Stellungnahme, für die Berücksichtigung unserer Anliegen und verbleiben mit freundlichen Grüssen.

Für Die Mitte Schweiz

Sig. Gerhard Pfister

Präsident Die Mitte Schweiz

Sig. Gianna Luzio

Generalsekretärin Die Mitte Schweiz